

Hans-Georg Bodien

36323 Grebenau, den 3. März 08
Finkenrain 3
Tel.: 06646/1230

Leserbrief

Betreff: Umgang SPD und Die Linke

Sie lehnen sich zurück und reiben sich die Hände, die großkapitalistischen Machteliten und ihre politischen Interessenvertreter in der CDU, CSU und FDP. Erneut ist es ihnen nicht zuletzt durch die massive Unterstützung bestimmter Medien gelungen, der SPD eine Diskussion über ihre Einstellung zur Partei *Die Linke* überzustülpen. Und SPD-Exponenten wie Clement, Steinbrück, Naumann und andere bedienen bereitwillig hier die Interessen des bürgerlich-konservativen Lagers wohl wissend, dass sie damit die Interessen der Mehrheit der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen, der Rentner, der sozial Schwachen etc. verraten und der SPD damit insgesamt erheblichen Schaden zufügen. Besonders schlimm ist in diesem Zusammenhang, dass diese SPD-Politiker die unsägliche Verunglimpfung der Linken durch namhafte CDU-Politiker befördern. Hier einige gravierende Beispiele: Roland Koch – Schreckensscenario Al Wazir, Ypsilanti und die Kommunisten - , Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU und beliebter Stofflieferant für Kabarettisten – „An der Mauer sind Menschen erschossen worden, weil sie die Freiheit wählten. Genau diese Kommunisten wollen jetzt in Hessen wieder mitregieren.“- , Günther Öttinger – der Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat kürzlich im Landtag Die Linke als Virus bezeichnet, den die SPD nach Baden-Württemberg trage – und zu Wochenbeginn noch Innenminister Wolfgang Schäuble – er hat angekündigt, die Linke auch in Zukunft vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Von Teilen gehe „eine klare extremistische Bedrohung aus.“

Auch tragen diese SPD-Politiker mit dieser Diskussion dazu bei, dass die besonders durch die Linke thematisierten turbo-kapitalistischen Fehlentwicklungen in unserem Gemeinwesen mit ihren dramatischen Folgen für die Arbeitnehmerschaft – Stichworte sind Nokia, Siemens, BMW, Henkel und Steuerhinterziehung- überdeckt werden.

SPD, quo vadis? Sie wäre gut beraten, sich nicht zu zerfleischen und gemeinsam mit der Linken - besonders auch in Hessen – Sachthemen wie soziale Gerechtigkeit, Bildung, Energie, Mindestlohn, Wirtschaftskriminalität etc. beherzt anzugehen